

**DEIN
STANDPUNKT
ZÄHLT.**



Anträge Jugendlandtag 2016

- **Vorgebracht im Landhaus am 01.12.2016**
Erarbeitet von 60 Jugendlichen am Vorbereitungstag,
unter Bezugnahme der Themensammlung aus 15 Regionaltreffen.

DEIN STANDPUNKT ZÄHLT.



SOZIALES

1. Integrative Maßnahmen

Sprecherin: Julia BAUER

Nachdem es notwendig ist, die beiden Zielgruppen AsylwerberInnen und Obdachlose aufgrund ähnlicher Herausforderungen mittels integrativer Maßnahmen auf allen Ebenen z.B. Wohnraum, Arbeit, Beratung, soziale Kontakte, Kompetenzerwerb etc. zu unterstützen, haben wir die Idee, ein Pilotprojekt zu starten, das zum einen sprachlichen und kulturellen Austausch und zum anderen eine Re-(Integration) in den sozialen und beruflichen Alltag ermöglichen soll.

Dieses Pilotprojekt soll in Kooperation mit bereits bestehenden Einrichtungen wie z.B. Vinzidorf, Caritas, Zebra entwickelt werden und nach einem Zeitraum von einem Jahr evaluiert werden. Nach einer möglichen Nachjustierung wäre eine langfristige strukturelle Implementierung wünschenswert.

Annahme: mehrheitlich

2. Verhinderung von Ghettobildung

Sprecher: Christopher LUKAS

Um mögliche Auswirkungen von Ghettoisierung zu verhindern und Integration in Gemeinden zu fördern, wäre eine Anlaufstelle für alle relevanten Informationen, die direkt in jedem Gemeindeamt angesiedelt ist, anzustreben. Diese Anlaufstelle soll eine Möglichkeit bieten, Informationen über freie Wohnräume, Sprachkurse, rechtliche Grundlagen, integrative Aktivitäten und Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Grundlage dafür ist die Bereitstellung von Informationen über leerstehenden Wohnraum, Möglichkeiten von gemeinsamen Aktivitäten und Veranstaltungen, Sprachkursen etc. von Bürgerinnen und Bürgern der jeweiligen Region.

Annahme: mehrheitlich

DEIN STANDPUNKT ZÄHLT.



3. Familienförderung

Sprecher: Stefan NEUMEISTER

Um die berufliche Situation von beiden Elternteilen zu erleichtern und die Integration von asylberechtigten Kindern zu unterstützen, soll der Kindergarten ab dem verpflichtenden letzten Kindergartenjahr ganztags als kostenloses Angebot zur Verfügung stehen. So kann auch der elementare Bildungsauftrag von Kleinkindalter an erfüllt, Integration gelebt und berufliche Vollbeschäftigung gefördert werden. Da eine Überalterung der Gesellschaft das Sozial- und Pensionssystem gefährden könnte, sollte eine Gegensteuerung angedacht und umgesetzt werden. Dies kann durch die Erhöhung von Familienzuschüssen ermöglicht werden. Konkret heißt das: junge Familien in der Steiermark erhalten beim ersten Kind eine Förderung im Umfang von €1.000.-, die für Sachleistungen ihrer Wahl z.B. Gewand, Möbel, etc. verwendet werden können.

Annahme: mehrheitlich

ARBEIT

1. Unterstützung für Lehrlinge

Sprecher: Patrick EIERSBERG

Die Ausbildungskosten, insbesondere Kosten für Internate und Exkursionen im Zuge der Berufsschule sind im derzeitigen Verhältnis zur Lehrlingsentschädigung sehr hoch und schwanken zudem stark in Verbindung mit Ort und Beruf. Außerdem ist die Weiterbildung in Form von Seminaren oder Fortbildungen in vielen Betrieben nur schwer möglich. Weiters ist die Aufklärung über die Verrechnung der Internatskosten für den Lehrberechtigten nicht ausreichend.

Wir fordern strengere Kontrollen ob kollektivvertragliche Vereinbarungen eingehalten werden, und finanzielle Unterstützung im Bereich Internatskosten.

Da Weiterbildung und Fortbildung sowohl für Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen langfristig sehr wichtig zur Erhaltung der im Betrieb angestrebten Qualität sind, fordern wir Anreize (finanziell) für Arbeitgeber*innen, ihren Mitarbeiter*innen Fortbildungen zu ermöglichen.

Ebenso fordern wir unabhängige und überparteiliche Rechtsaufklärung für Lehrlinge im ersten Lehrjahr.

Annahme: einstimmig

DEIN STANDPUNKT ZÄHLT.



2. Wirtschaftsförderung, Landflucht

Sprecher: Viktor GUGGANIG

Die Abwanderung aus dem ländlichen Raum in die Städte steht in direktem Zusammenhang mit der Abwanderung von Unternehmen. Wir sehen fehlende Anreize und die unzureichende Infrastruktur als Hauptgrund dafür, dass Unternehmen sich nicht im ländlichen Raum ansiedeln sondern in Ballungszentren und Städte wandern. Auch der Informationsfluss und die Aufklärung für künftige Jungunternehmen sehen wir als nicht genügend.

Wir fordern eine gezielte Förderung für Unternehmen im ländlichen Raum, um dadurch Anreize und echte Perspektiven für neue Unternehmer*innen zu bieten.

Um die Unternehmensansiedelung im ländlichen Raum nachhaltig zu gewährleisten, fordern wir eine Verbesserung der Infrastruktur sowie den Ausbau von Eisenbahn und Straßen.

Aufgrund der fehlenden Aufklärung fordern wir eine Informationsoffensive um den Rückstand aufzuholen.

Annahme: einstimmig

3. Arbeitssuchende Jugendliche

Sprecher: Markus WÖHRY

Grundsätzlich kann man behaupten, dass die Unternehmen an die Absolvent*innen von höheren Schulen und Berufsausbildungen zu hohe, aber vor allem falsche Erwartungen, stellen. Der/die gewünschte Arbeitnehmer*in sollte jung und gebildet sein, aber auch Berufserfahrung mitbringen. Dieser Trend führt dazu, dass viele den längeren Bildungsweg wählen und somit durch diese Überqualifikation viele Arbeitsplätze frei bleiben. Das Hauptproblem liegt aber in der geringen Information über die weiteren Chancen nach der Ausbildung.

Daher fordern wir eine überparteiliche und unabhängige Aufklärung, die bereits in den Pflichtschuljahren aber auch in den höheren Lehranstalten durchgeführt wird. Als weitere Idee bringen wir die Einrichtung eines landesweiten Portals vor, das zur Findung qualifizierter Fachkräfte dient.

Annahme: einstimmig

DEIN STANDPUNKT ZÄHLT.



LEBENSUMFELD

1. Öffentliche Verkehrsmittel

Sprecher: Samuel PIEBERL

Während in der Stadt die Menschen die Übersicht über den Öffentlichen Verkehr leicht verlieren können, suchen viele Menschen am Land verzweifelt nach nur einer öffentlichen Verkehrsverbindung. Durch die vielen Umstiege ergeben sich oft lange Wartezeiten. Wir fordern den Ausbau des Verkehrsnetzes in ländlichen Regionen. Für jeden Ort soll es eine passende Verbindung geben:

ZB. sollten Ortschaften, die abgelegen sind eine direkte Verbindung in eine größere Gemeinde haben. Ortschaften, die zentraler liegen, müssten teilweise nicht so viele Haltestellen haben.

Wir fordern eine höhere Frequenz der öffentlichen Verkehrsmittel. Wenn man zwei Stunden pendeln muss, sollte man auch einen Sitzplatz im öffentlichen Verkehrsmittel haben. Dann würden wieder mehr Menschen mit Bus/Zug fahren und somit Abgase reduzieren. Die Gemeinden sollen bei den Bürger*innen nachfragen, welche Verbindungen notwendig oder nicht notwendig sind.

Annahme: einstimmig

2. Attraktivere Öffi-Tickets

Sprecher: Florian TSCHEBUL

Viele Jugendliche, insbesondere Studierende, die in einem anderen Bundesland studieren, können sich keine bundesländerübergreifenden Öffi-Tickets leisten. Generell stellt die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für viele Steirerinnen und Steirer eine finanzielle Herausforderung dar. Die Jahreskarte zwischen Leibnitz und Graz zum Beispiel kostet € 995,- die Jahreskarte für die gesamte Steiermark ganze € 2.143,-. Wir fordern daher, dass die Ticketpreise für Öffis in der Steiermark für alle gesenkt werden sollen, was auch eine positive Auswirkung auf die gesamte Verkehrslage sowie für die Umwelt hätte. Auch sollten die Öffis am Wochenende gratis fahren, um den Verkehr und die Unfallgefahren an Wochenenden zu verringern. Weiters fordern wir massive Änderungen beim Top-Ticket: Das Top-Ticket soll in ganz Österreich in folgenden Versionen eingeführt werden:

- für ein Bundesland
- mehrere Bundesländer
- österreichweit.

Die Preise dafür sollten einheitlich sein. Derzeit ist es jedoch der Fall, dass das Top-Ticket für Wien, Niederösterreich und das Burgenland zusammen für 60 Euro erhältlich ist, in der Steiermark hingegen 104 Euro kostet. Dabei sollte sich das Land Steiermark mit dem Bund sowie den Gemeinden absprechen. Wichtig ist uns auch, dass das Top-Ticket auch für Studierende erhältlich sein soll.

Annahme: einstimmig

DEIN STANDPUNKT ZÄHLT.



3. Anpassen der Wohnbeihilfe für Studentinnen, Studenten und Alleinerziehende

Sprecher: Tafil SHABANI

Unserer Meinung nach ist das Wohnen für Studierende und Alleinerziehende nur begrenzt leistbar und die dazugehörigen Beihilfen zu niedrig.

Bei Wohnbeihilfen für Student*innen sollten Faktoren wie die familiäre Situation mit einbezogen, aber die Einkommensgrenze der Eltern weniger gewichtet werden, da die individuelle Situation der einzelnen Studierenden eine größere Rolle spielt. Dies ist vor allem bei der Berechnung von Wohnbeihilfen in WGs wichtig.

Weiters müsste eine Simplifizierung bei der Abwicklung dieser Anträge erfolgen. Um die Wohnsituation von Alleinerziehenden und Studierenden zu erleichtern, fordern wir eine Erhöhung der jeweiligen Beihilfen.

Annahme: einstimmig

4. Förderung für Kleinbauern

Sprecherin: Sandra METZKE

Wir nehmen wahr, dass die Großbauern für ihre beantragten Förderungen bevorzugt werden. Dabei ist es unserer Meinung nach wichtig, dass die Kleinbauern verstärkt finanzielle Unterstützung erhalten.

Annahme: mehrheitlich

5. Artgerechte Tierhaltung - Schlachtung, artgerechter Transport

Sprecher: Patrick SEIDL

Wir fordern eine landesweite Einhaltung der Richtlinien und schärfere Kontrollen für Bauernhöfe. Wir sind der Meinung, dass bei einer artgerechten Tierhaltung ein Mindestplatz pro Tier eingehalten werden muss, wie zum Beispiel 3 m² pro Schwein bzw. 3-4 m² pro Kuh.

Annahme: Antrag abgelehnt

DEIN STANDPUNKT ZÄHLT.



REGIONALE GESTALTUNG

1. **Gemeinden werden zu regelmäßigen Dialogen mit Jugendlichen verpflichtet**

Sprecher: Christopher STORM

Die derzeitige Situation in den Gemeinden ist teilweise problematisch, was die Kommunikation zwischen Jugendlichen und Gemeindevertreter*innen betrifft. Wir sind der Meinung, dass es einen regelmäßigen Dialog zwischen Jugendlichen und Gemeindevertreter*innen gibt.

Das Mitspracherecht von Jugendlichen soll durch persönliche Treffen oder mittels schriftlicher Umfrage in Schulen/Internet/Social Media oder über Feedbackbögen per Post gefördert werden. Die Fachstellen sichern die Qualität etwaiger Beteiligungsprozesse.

Annahme: einstimmig

2. **WLAN an öffentlichen Plätzen in allen Gemeinden**

Sprecherin: Kristina GAISBERGER

Unsere Idee wäre, freie WLAN-Zugänge an öffentlichen Plätzen bereit zu stellen. Von Vorteil wären Plätze, wo sich die meisten Menschen in ihrer Freizeit aufhalten, unter anderem der Ortskern.

Die Einführung von freiem WLAN in verschiedensten Gemeinden würde auch jungen Menschen helfen, ihre Arbeit für Schule oder Job zu erledigen, wenn ein eigener Internetzugang nicht leistbar ist.

Annahme: mehrheitlich

BILDUNG UND JUGEND

1. **Finanzielle Unterstützung von Schülerinnen und Schülern ressourcenintensiver Schulen**

Sprecher: Clemens SONNBERGER

An Schulen, welche stark „praxisbezogen“ sind, zB. BAFEP/HTL/HLW, sind die Kosten für Material bzw. Ausrüstung sehr hoch. Dies ist vor allem für finanziell schwache Familien ein Problem. Unser Lösungsvorschlag wäre es, jedem/jeder Schüler*in dieser Schulen eine finanzielle Unterstützung für den Schulanfang gemessen an dem Schultyp zukommen zu lassen.

Annahme: einstimmig

DEIN STANDPUNKT ZÄHLT.



2. Förderung politischer Aufklärung für Jugendliche

Sprecherin: Laura KRISTEN

Eine große Anzahl von Jugendlichen in der Steiermark vertraut bei diversen Wahlen oft auf die Meinung der Eltern, Freunde oder Familienmitglieder. Auch die Beeinflussung durch soziale Medien, wie Facebook, spielt eine große Rolle, besonders für Erstwähler*innen. Der Grund dafür ist oft eine unzureichende politische Aufklärung in den dafür vorgesehenen Schulfächern. Da es sich bei den Jugendlichen um die Wählerschaft der Zukunft handelt, die für unser Land abstimmen wird, ist es umso wichtiger, dass vor allem diese Altersgruppe über die politischen Vorgänge im Land informiert wird.

Wir rufen den Landtag daher dazu auf Schulen mehr Informationen über bereits bestehende Angebote und Möglichkeiten zur politischen Bildung, z.B. Schuldiskussionen, im Besonderen vor bevorstehenden Wahlen vermehrt bereitzustellen.

Diese Lösungsvorschläge gewähren unserer Meinung nach den jungen Wählerinnen und Wählern einen Einblick in die Tagespolitik und wecken Interesse für das politische Geschehen.

Annahme: einstimmig

3. Vermehrte Zusammenarbeit in der Bildungspolitik und Auswahl der Lehrerinnen und Lehrer

Sprecherin: Sarah SCHMIDJELL

Wir sind darüber informiert, dass in der Schulreform das Mitspracherecht der Direktor*innen bezgl. der Lehrer*innenauswahl ein wichtiger Punkt ist. Dies möchten wir nochmals ansprechen, da es ein großes Anliegen vieler Schüler*innen in der Steiermark ist. Daher stellen wir im Namen des Jugendlandtags den Antrag, dies verstärkt zu unterstützen und generell eine bessere Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Schule in der Bildungspolitik zu ermöglichen.

Annahme: mehrheitlich

4. Förderung wirtschaftlicher Grundkompetenzen

Sprecher: Matthias KRASSER

Für uns Mitglieder des Jugendlandtags wäre es ein Anliegen, dass Menschen unserer Altersgruppe einen besseren Einblick in die Erwerbstätigkeit haben bzw. in ihr späteres Leben. Deshalb setzen wir uns für verstärkte Workshops von Jugendanlaufstellen, die sich sehr mit Problemen von jungen Menschen auseinandersetzen und eine wirtschaftliche Grundkompetenz ermöglichen, ein.

Um möglichst ausreichend Infostellen und qualifizierte Mentoren zu schaffen, sollen Organisationen, die gratis Workshops an Schulen anbieten, gefördert werden. Denn nur so kann ein Grundstein für das spätere Leben der Jugend gelegt werden.

Annahme: mehrheitlich